

Bei alledem kann aber nicht übersehen werden, dass sich bisher weder ein homogenes Sozialsystem noch ein echter Konsens, was europäische Sozialpolitik tun und lassen soll, herausgebildet hat. Die jüngst verabschiedete Arbeitszeitrichtlinie mit der Regelung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden – in Anlehnung an die Grundsätze der ILO – ist hier das deutlichste Beispiel – sieht sie doch ein ‚opt out‘ vor, das von Großbritannien bisher in größerem Umfang genutzt wurde.

*Jürgen Mittag*

## Eine Zwischenbilanz gewerkschaftlicher Politik

*Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, 725 Seiten, 42,90 €.*

Die Gewerkschaften befinden sich in einer tiefgreifenden organisatorischen, politischen und programmatischen Krise und suchen nach Auswegen aus der schwierigen Lage, in die sie seit einigen Jahren geraten sind. Die Zahl ihrer Mitglieder geht kontinuierlich zurück. Neue Arbeitnehmergruppen, nicht zuletzt die hochqualifizierten Angestellten aus dem privaten Dienstleistungssektor, können sie kaum für sich gewinnen, während ihr herkömmlicher Mitgliederstamm, die gelernten Facharbeiter aus den industriellen Großbetrieben, allmählich ‚ausstirbt‘. Die Gewerkschaften haben ihre ‚Jugendlichkeit‘ verloren, die sie noch im Kaiserreich und während der Weimarer Republik auszeichnete, und anscheinend den Anschluss an die sich dynamisch verändernde Gesellschaft verpasst. Unter dem Druck des verstärkten internationalen Wettbewerbs und der global operierenden, an kurzfristigen Gewinnerwartungen ausgerichteten Finanzmärkte werden Belegschaften rigoros abgebaut, ganze Standorte aufgegeben, Flächentarifverträge mehr und mehr aufgeweicht, und den Beschäftigten der Verzicht auf Lohn und soziale Leistungen abgepresst. Mit dem Übergang zu einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird der Nachkriegskompromiss mehr und mehr aufgekündigt, der es den Gewerkschaften über Jahrzehnte ermöglichte, wirksame Schutzrechte für die Arbeitnehmer durchzusetzen, sie am wirtschaftlichen Wachstum zu beteiligen und so ihren Lebensstandard zu erhöhen. Sozialstaatliche Errungenschaften – unter den Bedingungen massiven Arbeitsplatzabbaus und wachsender Verarmung notwendiger denn je – werden ausgehöhlt und grundlegend ‚reformiert‘.

Die Unkenntnis über die Gewerkschaften und ihre vielfältigen Tätigkeitsfelder ist weit verbreitet. In der öffentlichen Meinung wird oft nur ein Zerrbild von ihnen als ‚anachronistischer Vetomacht‘ gezeichnet, das sich an spektakulären, massenmedial vermittelten Vorgängen orientiert, ohne dass die konkreten Hintergründe und Zusammenhänge erläutert werden, und über die alltägliche Arbeit der gewerkschaftlichen Funktionäre in den Betrieben und Unternehmen, in den tarifpolitischen Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden oder in den Gremien der Sozialversicherungsträger geflissentlich hinweggeht. Dem sucht das vorliegende Hand- und Lehrbuch mit einer Reihe von themenbezogenen Problemaufrissen und einem Bündel von Informationen zu begegnen.

In insgesamt 23 Beiträgen werden verschiedene Aspekte der Gewerkschaften näher beleuchtet: Nach einer einleitenden, sehr gerafften Skizze der historischen Entwicklung (Klaus Schönhoven), grundsätzlichen Überlegungen zur Funktion und zum Funktionswandel der Gewerkschaften (Josef Esser) sowie einer international vergleichenden Betrachtung (Wolfgang Streeck) wird zunächst die besondere organisatorische Struktur der deutschen Gewerkschaften dargestellt (Anke Hassel), werden die Zusammenschlüsse zu Multibranchengewerkschaften, wie bei ver.di, der IG Metall oder der IG Bergbau, Chemie, Energie, untersucht (Hans-Peter Müller, Manfred Wilke), wird die Mitgliederentwicklung während der zurückliegenden Jahrzehnte differenziert analysiert (Bernhard Ebbinghaus) und die Rolle der hauptamtlichen Funktionäre vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels näher beleuchtet (Jürgen Prott); daneben werden in zwei juristischen Beiträgen die innere Rechtsverfassung der Gewerkschaften im Spannungsverhältnis zwischen innerorganisatorischer Demokratie und organisatorischer Geschlossenheit (Gregor Asshoff) und die gesetzlichen Grundlagen gewerkschaftlichen Handelns in Form der verfassungsrechtlich verbürgten Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie beschrieben (Thomas Blanke). In einem dritten Abschnitt wird das gesellschaftliche und politische Umfeld der Gewerkschaften behandelt, also ihr Verhältnis zu den Arbeitgeberverbänden (Wolfgang Schroeder, Stephen J. Silva), ihre Stellung innerhalb des föderalen politischen Systems in den einzelnen Bundesländern am Beispiel von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (Josef Schmid) sowie zum deutschen Wirtschafts- und Institutionensystem, dem „Modell Deutschland“, insgesamt (Helmut Wiesenthal, Ralf Clasen) aber auch zur „vierten Gewalt“, d.h. den sich geradezu revolutionär verändernden Massenmedien (Bernhard Weßels). Im vierten Abschnitt werden dann verschiedene gewerkschaftliche Politikfelder vorgestellt, angefangen bei der in ihrer Bedeutung gewachsenen Betriebspolitik (Wolfram Wassermann) und der unter starken Druck geratenen Mitbestimmungspolitik (Walther Müller-Jentsch) über die in ihrer gesellschaftlichen Regulierungs- und Ordnungsfunktion zunehmend eingeschränkten Tarifpolitik (Jürgen Kädtler) sowie die Arbeitskämpfe als ein in ihrer Form zwar verändertes aber weiterhin notwendiges Instrument gewerkschaftlicher Interessenvertretung (Friedhelm Boll) bis hin zur Sozialpolitik, die sich in einem tiefgreifenden Umbruch befindet (Diether Döring, Thomas Koch), und der zwischen den einzelnen Gewerkschaften stark variierenden, vorwiegend auf regionaler und lokaler Ebene angesiedelten Industrie- und Strukturpolitik (Peter Jansen, Ulrich Jürgens). Der fünfte Abschnitt wendet sich schließlich der internationalen, speziell der europäischen Dimension zu. Nach einer Darstellung der verschiedenen nationalen Gewerkschaftssysteme (Franz Traxler) und der internationalen Gewerkschaftsorganisationen (Werner Reutter, Peter Rütters) werden mit den 1994 durch eine entsprechende Richtlinie kodifizierten Europäischen Betriebsräten (Wolfgang Lecher, Hans-Wolfgang Platzer) und den ersten Ansätzen einer europäischen Lohnkoordinierung (Wolfgang Schroeder, Rainer Weinert) zwei neue, noch wenig erprobte gewerkschaftliche Politikfelder präsentiert. Tabellen, Graphiken und Schaubilder im Anhang runden die Darstellungen des Handbuchs ab, auch wenn die Auswahl, sich auf die IG Metall, die ÖTV und die IG Chemie, Papier, Keramik zu beschränken, andere Verbände wie die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) oder

die IG Bau, Steine, Erden aber unberücksichtigt zu lassen, nicht recht einleuchtet. Über ein Personen- und Sachregister lassen sich schließlich bestimmte Aspekte auch quer zu den einzelnen Beiträgen rasch erschließen.

Selbst ein Handbuch kann nicht alle Fragen behandeln. Allerdings hätten manche Probleme, die in der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Strategiedebatte eine nicht unerhebliche Rolle spielen, einen eigenen Beitrag oder doch eine sehr viel ausführlichere Behandlung verdient. Von den Angestellten ist zwar in verschiedenen Beiträgen immer wieder die Rede, aber gerade wegen der großen Bedeutung, die der Frage ihrer gewerkschaftlichen Organisation zugeschrieben wird, wäre eine gesonderte Darstellung wünschenswert gewesen, anstatt es bei vorschnellen, nicht näher begründeten Behauptungen, die der HBV eine „arbeitergewerkschaftliche Prägung von Habitus und Programmatik“ (S. 131) unterstellen, bewenden zu lassen und die Angestelltenpolitik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften einfach zu übergehen. Das Gleiche gilt im Übrigen für die gewerkschaftliche Frauen-, Jugend- und Ausländerpolitik, zu denen ebenfalls detailliertere Ausführungen angebracht gewesen wären.

Auch zu den gravierenden Problemen, denen sich die Gewerkschaften mit der deutschen Wiedervereinigung konfrontiert sehen, fehlt ein eigener Beitrag, der umso notwendiger gewesen wäre, als die Bedeutung dieser Entwicklung für die Gewerkschaften innerhalb des Handbuches ganz unterschiedlich eingeschätzt wird. So wird auf der einen Seite festgestellt, dass die Gewerkschaften „noch auf Jahre hinaus mit der interessenpolitischen Verzahnung von Ost und West und der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland“ (S. 60) beschäftigt sein werden, während auf der anderen Seite davon ausgegangen wird, „dass die großen Entwicklungslinien des (west)deutschen tarifpolitischen Systems durch die Entwicklung in Ostdeutschland nicht entscheidend modifiziert werden“ (S. 344). Wie an verschiedenen Stellen innerhalb des Handbuches deutlich wird, nicht zuletzt auch in der Einleitung der Herausgeber selbst (S. 23 f.), verlief der „Institutionentransfer“ (Gerhard Lehmbuch) keineswegs so linear und problemlos, wie im Beitrag zur Tarifpolitik unterstellt wird. Im Gegenteil, gerade in den neuen Bundesländern ist der Mitgliederverlust sowohl bei den Gewerkschaften als auch bei den Arbeitgeberverbänden viel dramatischer als in der alten Bundesrepublik, auf die nun umgekehrt die sich dort abzeichnende Erosion des Flächentarifvertrags mehr und mehr zurückwirkt. Der Streik in der ostdeutschen Metallindustrie im Frühsommer 2003, der für die Gewerkschaft mit einer schmerzlichen Niederlage endete, unterstreicht einmal mehr, wie sehr sich die tarifpolitischen Verhältnisse mittlerweile verändert haben.

Die Debatte über eine organisatorische und programmatische Neuausrichtung wird in den Gewerkschaften schon seit Anfang der 1990er mehr oder weniger intensiv geführt, und dabei sind verschiedene Vorschläge entwickelt worden, auf die näher einzugehen sich zweifellos gelohnt hätte.<sup>1</sup> Das wird leider unterlassen. Überlegungen, wie sie dagegen im Beitrag von Helmut Wiesenthal und Ralf Clasen angestellt werden, die davon ausgehen, dass die Gewerkschaften, denen sogar eine „Miturheberschaft“ (S. 318) an der Massenarbeitslosigkeit

<sup>1</sup> Vgl. etwa Jürgen Hoffmann u.a. (Hg.): *Jenseits der Beschlusslage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt*, Köln 1990 oder Thomas Leif/Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand (Hg.): *Reform des DGB. Herausforderungen, Aufbruchspläne und Modernisierungskonzepte*, Köln 1993.

angelastet wird, „nicht mehr den Status eines gestaltungsmächtigen gesamtwirtschaftlichen Akteurs besitzen“ (ebd.) werden und deshalb „aus der Verpflichtung auf reine Arbeitnehmerinteressen zu entlassen“ (S. 319) sind, um stattdessen „für eine flächendeckende Beteiligung der Arbeitnehmer an risikogedämpften Kapitalanlagen zu sorgen und die Ungleichheit im Zugang zu Kapitaleinkommen abzubauen“ (ebd.), mögen zwar dem herrschenden Zeitgeist entsprechen, verkennen aber den Charakter von Gewerkschaften. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit, trotz seines nicht zu leugnenden Formwandels weit davon entfernt, erodiert und bedeutungslos geworden zu sein, bildet nach wie vor die Grundlage gewerkschaftlicher Organisation und Politik. Ihn zu negieren, hat nichts mit der „Anerkennung der Realitäten“ (ebd.) zu tun, der sich die Gewerkschaften nolens volens zu fügen hätten, statt an einem überholten Weltbild festzuhalten, sondern hieße, die Gewerkschaften stromlinienförmig in eine neoliberale, vom Markt dominierte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einzupassen und selbst als soziales Korrektiv zu den ökonomischen Interessen der Unternehmen und Konzerne aufzugeben, von einem umfassenden gesellschaftspolitischen Widerpart ganz zu schweigen.

*Karl Lauschke*

## Linksintellektuelles Milieu in Kiel 1917–1922

*Detlef Siegfried: Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaft und Linksradikalismus 1917–1922, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2004, 191 Seiten, 29,90 €.*

Viel ist in der deutschen Geschichtswissenschaft der vergangenen Jahrzehnte über historische Milieus geschrieben worden: Am Anfang stand M. Rainer Lepsius' im Sinne seines Konzepts vom „sozialmoralischen Milieu“ getroffene Unterscheidung zwischen einem ostelbisch-konservativen, einem katholischen, einem liberal-bürgerlichen und einem sozialistischen Milieu. In der Folge griffen zahlreiche Historikerinnen und Historiker Lepsius' terminologische Innovation auf und stürzten sich mit besonderem Eifer auf die analytische Durchdringung des katholischen und sozialdemokratischen Milieus, insbesondere während des Deutschen Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Großer Beliebtheit erfreute sich das Milieu-Interpretament vor allem in lokal- und regionalgeschichtlichen Untersuchungen, in denen minutiös die von Lepsius postulierte „Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung“ etc. empirisch nachgewiesen wurde. Freilich wurden begleitend zu den Mühen der Empirie begrifflich-theoretische Anstrengungen nicht gescheut, wobei – man ist geneigt zu sagen: natürlich – auf dem Saatbeet von Lepsius' grundlegendem Aufsatz Analysekatoren höchst unterschiedlicher Façon gediehen. Wurde in der Katholizismusforschung darüber gestritten, ob man es tatsächlich nur mit *einem* katholischen Milieu zu tun habe oder doch eher mit mehreren Sozialmilieus ein und derselben Konfession, entbrannte unter Spezialisten für den Weimarer Kommunismus eine heftige Kontro-